

In Circulation
3. Nov 83
W

Schweiz. Gesandtschaft,

Washington, D. C., 22. Oct. 1883.

Tit.

Herrn Bundespräsidenten Kochonnet,
Bern

Hochgeachteter Herr Bundespräsident,

Während das politische Leben
in den Ver. Staaten sich mehr und mehr
um blosse Macht- und Personenfragen
dreht und der Kampf um grosse Prinzi-
pien mit alleiniger Ausnahme der Gall.
und Bestenrungsfrage gänzlich in den
Hintergrund gedrängt ist, sind in jüngster
Zeit einzelne Zeichen am politischen



2.

Firmamente sichtbar geworden, die einst-
 weilen zwar noch schattenhaft erschein-
 en, einen ^{kl.} Kern aber möglicher Weise
 etwas schärfere Umrisse anzunehmen
 und auf die unmittelbare Gestaltung
 der politischen Verhältnisse einen gewis-
 sen Einfluss auszuüben bestimmt sein
 mögen.

Ich habe hier in erster Linie die
 s.g. Negerfrage vor Augen. Bekannt-
 lich verdanken die Neger in den Ver-
 Staaten ihre bürgerliche und politische
 Emanzipation dem Secessionskriege 1861/65
 und, parteipolitisch gesprochen, der re-
 publikanischen Partei. Dieser Partei
 sind sie bis jetzt auch in allen Stücken und so-

soviel ich weiss ausnahmslos treu geblieben.
Seit einiger Zeit scheint jedoch die demokratische Partei sich da und dort um die Gunst des schwarzen Stimmvolkes zu bewerben und es unterliegt keinem Zweifel, dass im Schoße der Negerbevölkerung sich die Tendenz zu entwickeln beginnt, die Hörigkeitsbände, welche sie bisher mit der republikanischen Partei scheinbar unlösbar verknüpft haben, von sich abzuschütteln. Hierzu ist nun ein Ereigniss getreten, welches es mit Recht oder Unrecht die Stimmung der Farbigen ungemein gereizt hat und welches unter allen Umständen der republikanischen Partei erhebliche Verlegenheiten bereiten wird.

4.

Im Jahre 1875 erliess der Kongress unter dem Einflusse des seither verstorbenen radikalen Republikaners und Abolitionisten Charles Sumner die s. g. Civil Rights Akte, deren Hauptbestimmung folgendermassen lautet:

„Dass alle Personen innerhalb der Gerichtsbarkeit der Ver. Staaten berechtigt sein sollen zum vollständigen und gleichen Genusse aller Bequemlichkeiten, Vortheile und Privilegien von Gasthöfen, öffentlichen Verkehrsanstalten zu Land und zu Wasser, Theatern und öffentlichen Vergnügungsplätzen, nur unter den Bedingungen und Beschränkungen, die das Gesetz vorschreiben mag

und die gleichmässig auf die Bürger jeder Race und Farbe und ohne Rücksicht auf frühere Dienstbarkeitsverhältnisse anwendbar sind."

Die Akte setzt ferner fest, dass jede Person, welche den obigen Bestimmungen zuwiderhandelt, zu einem Civilschadenersatz von \$ 500.- und zu einer Geldbuße von \$ 500.- 1500 oder zu einer Gefängnisstrafe von 30 Tagen bis zu einem Jahre verurteilt werden solle.

Auf Grund dieser Vorschriften wurden von Farbigen, welchen in Hotels, Theatern, Eisenbahnen, Dampfboten u. s. w. gleiche Rechte mit den Weissen verweigert worden waren, eine Anzahl Prozesse gegen

6.

Die Eigentümer der fraglichen Anstalten
angeklagt, von denen fünf bis an die
Ver. Staaten Supreme Court gelangten.
Letztere hat nun aber dieser Tage zu
Gunsten der Beklagten entschieden, in-
dem dieselbe die "Civil Rights Bill"
als verfassungswidrig erklärte. In seiner
Begründung stützte sich das Bundesge-
richt, das, nebenbei gesagt, in seiner
grossen Mehrheit aus Republikanern
besteht, darauf, dass die Bundesverfass-
ung nur die Rechtsgleichheit aller Bürger
postulire, dass aber die Benützung von
Eisenbahnen und Hotels nicht zu den
Grundrechten der Ver. Staaten Bürger
gehöre.

Es ist nicht meine Sache, die Wichtigkeit dieses bundesgerichtlichen Entscheides zu prüfen; diese Frage berührt uns auch keineswegs. Wichtig ist allein die Tatsache, dass jener Entscheid im Widerspruch mit der bisherigen volkstümlichen Auslegung der Civil Rights Bill steht, wobei ich allerdings nicht zu behaupten wage, dass das Urtheil des Bundesgerichts nicht eine rückläufige Bewegung in der Volksmeinung bewerkstelligen werde.

Unter den Farbigen jedoch hat der bundesgerichtliche Spruch eine grosse Aufregung hervorgerufen, welche sich ganz besonders in der Konvention Luft machte.

die dieser Tage in Louisville stattfand.
Und wie die Sache jetzt steht, ist für
die republikanische Partei die Gefahr vor-
handen, dass die grosse Masse der Farb-
igen sich von ihr lossagen und eine be-
sondere Partei bilden werde, welche sich
jeweilen dem Meistbietenden zur Ver-
fügung stellen würde.

Es ist mir nicht bekannt wie viele
Stimmen das farbige Element bei der
Präsidentenwahl abzugeben pflegt.

Jedenfalls ist diese Stimmenzahl aber
beträchtlich genug, um bei der nächsten
Präsidentenwahl möglicher Weise von
ganz entscheidender Bedeutung zu werden.

Im Uebrigen lege ich dieser Bewegung kein grösseres Gewicht bei, als sie es verdient; denn auf der andern Seite darf selbstverständlich auch die Abneigung nicht ausser Betracht fallen, welche die schwarze Race gegen die demokratische Partei empfindet, eine Abneigung, die in der Geschichte der letzten 30 Jahre ihre volle Begründung hat.

Die zweite, einstweilen zwar auch noch mehr oder weniger schattenhafte Erscheinung am Horizonte des politischen Firmamentes der Ver. Staaten, die aber unter Umständen eine ungleich gewaltigere Gestaltung annehmen wird, ist die Arbeiterfrage. Wenn man in

allgemeinen berechtigt ist, den Satz aufzustellen, dass die Wurzeln der Arbeiterfrage unserer Zeit nicht allein in der tatsächlichen Lage des Arbeiterstandes zu suchen sind, sondern vielleicht in eben demselben Grade in dessen relativer Lage zu der Lebensstellung anderer Stände, so gilt dieser Satz wohl vor Allem in den Ver. Staaten. Hier sind die Löhne im allgemeinen ausreichend zur Bestreitung des Notwendigsten; allein nirgends ist der Luxus, auch der maßvollste, teurer als in den Ver. Staaten und nirgends wird ein maßloserer Luxus getrieben, als unter den oberen Jährtausend in den Ver. Staaten. Trägt man nun

das Gleichheitsgefühl hinzu, das unter den
hiesigen Arbeitern einen weit ausgepräg-
ten und bewussteren Charakter trägt
als bei uns, so liegt der Schluss sehr
nahe, dass die ungeheure Kluft, welche
zwischen den enormen Vermögensanhäuf-
ungen und der hoffnungslosen Besiz-
losigkeit, zwischen dem schrankenlosen
Luxus der Einen und dem sorgen- und
entbehrungsreichen Leben der Anderen
besteht, eines Tages wohl auch die Ein-
heit dieser Nation erschüttern könnte.

Als ich noch die Ehre hatte,
Mitglied des Nationalrats zu sein, habe
ich die Frage einer umfassenden volks-
wirtschaftlichen Enquete mittelst statist.

ischer Erhebungen einerseits und persönlicher Einvernahmen von Beteiligten anderseits angeregt. Im Senate der Vsr. Staaten wurde vorwöchentlichen Winter ein ähnlicher Antrag gestellt und angenommen und sofort aus der Mitte der Behörde eine Kommission gewählt, welche mit der Enquete beauftragt wurde. Diese Kommission reist seit mehreren Monaten im Lande umher und hat vor wenigen Tagen ihre zahlreichen mündlichen Abhörungen geschlossen, dabei aber eine öffentliche Aufforderung zur Eingabe von schriftlichen Auseinandersetzungen erlassen. Es würde mich hier zu weit führen, wollte ich mir erlauben,

Ihre Aufmerksamkeit auf die Einzelseiten des ausgedehnten Materials zu lenken, welches die Senatskommission mittelst ihrer persönlichen Einnahmen bisher zu Tage gefördert hat. Wenn einmal der Bericht der Kommission im Drucke erscheint, hoffe ich in der Lage zu sein, Ihnen ein Exemplar desselben übermitteln zu können. Auch wird es mir nächstmal erst möglich sein, mir ein Bild von den Ergebnissen der Untersuchung und von den grossen Strömungen zu konstruieren, welche in der Anschauung von volkswirtschaftlichen Dingen hier zu Lande bestehen. Aus den Berichterstattungen der Presse geht

inzwischen das Eine klar und deutlich hervor, dass die Tage der s. g. Harmonie der Interessen und des volkswirtschaftlichen Friedens auch in den Ver. Staaten gezählt sind.

Diese Tatsache ist für uns auch wichtig mit Rücksicht auf die Auswanderungsfrage und hier erlaube ich mir namentlich darauf aufmerksam zu machen, dass selbst der Betrieb der Landwirtschaft, dieses letzte refugium des Besitzlosen, wenn auch langsam, so doch stetig in die Hand des Grosskapitals, d. h. des Grossgrundbesizes überzugehen sich vorbereitet. Auffallender Weise hat auch das Pacht.

system besonders in den südlichen Teilen der Ver. Staaten ganz erheblich gewonnen und eine Klasse von Bauern geschaffen, welche sehr weit entfernt ist von dem Ideale bäuerlicher Unabhängigkeit.

Insofern ich voraussetzen darf, dass diese amerikanische Arbeiterfrage Ihr Interesse besitzt, werde ich nicht ermangeln, wieder auf dieselbe zurückzukommen.

Eine etwas untergeordnetere Bedeutung nimmt die s.g. Temperenzfrage in Anspruch. In kulturhistorischer Beziehung sind die unausgesetzten und stets sich steigenden Bemühungen der

„Temperenzpartei“, die Gesetzgebung für ihre Ziele zu gewinnen, nicht ohne Interesse. Und ich füge hinzu, dass die bestialische Trunksucht, welche hier zu Lande vielfach herrscht und sich in nicht minder bestialischen Ausschreitungen gegen das Leben und das Eigentum äussert, den amerikanischen s. g. Temperenzbestrebungen eine breitere Unterlage und gewiss auch eine höhere Berechtigung gewähren, als anderswo. Von parteipolitischen Standpunkten aus könnte diese Bewegung insofern in Betracht, als sie mit der republikanischen Partei in Zusammenhang gebracht wird. In Folge dessen

ist es schon mehrfach vorgekommen, dass die republikanische Partei bei Staatswahlen von ganzen Gruppen sogenannter Anti-Temperenzler im Stiche gelassen wurde, so namentlich von den Deutschen, welche das Verbot des Bieraussehens in Aufregung versetzt, und von den Wirtern, die sich in ihrer Existenz bedroht sehen. Diesem Umstande wird beispielsweise die kürzliche Niederlage der republikanischen Partei im Staate Ohio bei der Gouverneurswahl vielfach zugeschrieben, während allerdings auch behauptet worden ist, die Deutschen seien trotz der Gefahr, von allen Bierzufuhren abgeschnitten

18.

zu werden, ihrer Partei bei dieser Wahl unerschütterlich treu zur Seite gestanden, was indessen schwer zu glauben ist.

Verhalte sich das übrigens so oder anders, so darf doch nicht ausser Acht gelassen werden, dass auch diese Temperamentbewegung im Laufe der nächsten Präsidentschaftskampagne der republikanischen Partei fatale Überraschungen bereiten könnte. Und dass dies geschehen möge, ist im Interesse unserer handelspolitischen Beziehungen mit den Ver. Staaten allerdings dringend zu wünschen, wenn auch andererseits der Sturz der grossen und chedem so ruhmvollen

Partei, der die civilisirte Welt die Erhalt-
ung der Union und die Gertrümmen-
ung der Negerklaverei verdankt, nur
mit aufrichtigem menschlichen Be-
dauern ins Auge gefasst werden kann.

Endlich liegt es mir ab, Ihre
Aufmerksamkeit auf die gegenwärtige
Situation der Münzfrage in den
Ver. Staaten zu lenken. In Bezug
auf die Geschichte dieser Frage nehme
ich mir die Freiheit, Sie auf den
ausgezeichneten Bericht des Herren
Farr. Herzog und Lardy, vom 30. Sept.
1878, zu verweisen. Kurze Zeit vor Ab-
fassung dieses Berichtes war im Kongress
die s. g. Bland Bill durchgegangen,

welche prinzipiell die Remonetisierung
des Silbers inaugurierte, indem sie den
Silberdollar zu $412\frac{1}{2}$ Grain als gesetzlich
es Zahlungsmittel für alle Zahlung-
en erklärte und das Schatzamt zu einer
allmonatlichen Prägung von wenigstens
2 Millionen Silberdollars verpflichtete.
Die Folge dieses Gesetzes ist, dass während
im Februar 1878, zur Zeit des Erlasses
desselben, sich kein Vorrat von gepräg-
ten Silber in den Gewölben des Schatz-
amtes befand, heute in den Kellern des
Finanzministeriums eine wahre Silber-
flut herrscht, welche täglich im Steigen
begriffen ist, so dass diese Keller gegenwärtig
beträchtlich erweitert werden müssen.

Der Gesamtbetrag dieser Silberanhäufung betrug am 1. Nov. 1882 nach dem Berichte des Schatzamtes 92½ Millionen Dollars und ist, wenn ich recht berichtet bin, heute auf über 120 Millionen Dollars gestiegen.

Es geht hieraus auf das evidenteste hervor, dass diese Silberprägung nicht etwa einem kommerziellen Bedürfnisse entspricht, sondern dass dieselbe im Gegenteil von der Geschäftswelt beharrlich zurückgewiesen wird und dass sie schliesslich, wenn ihr nicht bei Zeiten Halt geboten wird, die Goldcirculation überfluten muss. In der That ist die Goldreserve in der Schatzkammer im stetigen Rückgang begriffen. Während im Jahre 1877 noch 93% der Baarreserve in

Gold bestand, war die Goldreserve am 1. Oct. 1882 bereits auf 55% zurückgewichen. So, mit erscheint der Zeitpunkt sehr nahe, wo der Silbervorrat ein grösserer sein wird, als der Goldvorrat und zwar darf dies um so sicherer angenommen werden, als fortwährend beträchtlich mehr Silber als Gold geprägt wird.

Dass aber von dem Augenblicke an, wo das Silber die Oberhand über das Gold gewinnt, grosse Störungen im hiesigen Handelsverkehr unausweichlich entstehen müssen, darüber ist ein Zweifel nicht erlaubt. Zwar werden die s. g. Goldcertifikate in ihrem Circulationswerte dadurch nicht berührt werden, weil

dieselben gegen Gold ausgetauscht werden müssen. Allein, das kommt uns so weniger in Betracht, als die grosse Masse der Geldcirculation in d. g. Greenbacks und Silbercertifikaten besteht, welche nach dem Belieben des Schatzamtes auch gegen Silber ausgetauscht werden können. Sobald daher die Gefahr besteht, dass das Gold aus den Gewölben des Schatzamtes verdrängt wird und dass das Silber den Hauptbestandteil der Baarreserve bildet, wird der Wert der Greenbacks und der Silbercertifikate ins Schwanken geraten. Der geringste Alarm wird zur Folge haben, dass die Gold: Certifikate

24.

beim Schatzamt zur Einlösung present
irt werden und dass das Gleiche auch mit
den Greenbacks so lange geschehen wird,
bis der letzte Golddollar aus der Baarreserve
wird verschwunden sein. Dann
aber werden die Greenbacks mit die
Silbercertifikate in ihrem Circulati-
onswerte auf den wirklichen Wert des
Silberdollars, gegen welchen sie dann zu-
mal allein ausgewechselt werden kön-
nen, zurück sinken, d. h. auf etwa 85
cents per Dollar. So muss in kurzer
Zeit, sofern die Bland Bill nicht auf-
gehoben wird, eine gänzliche Umwälz-
ung im Münzsystem der Ver. Staaten
eintreten. Aus der Goldwährung,

welche trotz der genannten Bill tatsächlich bis jetzt geherrscht hat, wird die Silberwährung hervorgehen; das Gold wird, so lange noch solches vorhanden ist, ins Ausland abfließen; im innern Verkehr wird mit Naturnotwendigkeit eine erhebliche Schwankung und Erhöhung der Güterpreise erfolgen, einer verderblichen Spekulation werden Tür und Thor mehr als je geöffnet sein und ohne Zweifel wird dieser Zustand der Dinge auch eine sehr fühlbare Rückwirkung auf den auswärtigen Handel der Ver. Staaten aus-

26.

über.

Ob die gesetzgebende Gewalt sich entschliesst, einzugreifen, steht dahin; von republikanischer Seite ist eine Zustimmung hierzu kaum zu gewärtigen, abgesehen Präsident Hayes. Die Bland Bill v. J., wiewohl auch erfolglos, mit seinem Veto belegt hat. Doch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass die demokratische Partei, welche im neuen Kongresse die Mehrheit besitzt, dem drohenden Unheil

noch rechtzeitig vorbeugen.

Von einer u. g. industriellen
Krisis in den Ver. Staaten,
von der einzelne schweizerische
Blätter, wie ich sehe, bericht-
et haben, ist mir indessen
nichts bekannt geworden.

Genehmigen Sie, Herr
Bundespräsident, auch bei dies-
em Anlasse die Versiche-
rung meiner vorzüglichen Hoch-
achtung!

E. Frey.

5433.

Bundesrath vom 9. Nov. 1883.

[Faint handwritten text, possibly "G. Müller"]